



Erstausgabe täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis monatlich 1.20 RM, frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im inwärtigen Bezugspreis monatlich 1.30 RM. Einzelnnummer 10 Pf. — Girokonto Nr. 39 bei der Oberamtspostkasse Neuenbürg Zweigstelle Wildbad. — Bankkonto: Enztalbank G. & Co., Wildbad; Barchimter Gewerksbank Filiale Wildbad. — Postkontonummer 29174 Stuttgart. Anzeigenpreis: Die einseitige Zeile oder deren Raum im Bezirk Grundpreis 15 Pf., außerhalb 20 Pf. — Belegzeit 50 Pf. Rabatt nach Tarif. Für Offerten und bei Anzeigenstellung werden jeweils 10 Pf. mehr berechnet. — Schluß der Anzeigenannahme täglich 9 Uhr vormittags. — In Konkretenfällen oder wenn geschäftliche Bezeichnung notwendig wird, fällt jede Nachträgliche Änderung weg. Druck, Verlag u. verantw. Schriftleitung: Theodor Graf, Wildbad i. Sch., Wilhelmstr. 86, Tel. 479. — Wohnung: Villa Hubertus

Reichskommissar in Preußen

Ausnahmezustand über Berlin und Brandenburg verhängt

Berlin, 20. Juli. Heute vormittag nach 10 Uhr fand die angekündigte Unterredung des Reichskanzlers v. Papen mit dem stellvertretenden preussischen Ministerpräsidenten Hirtler, dem Innenminister Severing und dem Finanzminister Klepper statt. Der Reichskanzler teilte den preussischen Ministern mit, daß durch Verordnung Ministerpräsident Braun und Innenminister Severing ihrer Ämter enthoben seien. Die Geschäfte des preussischen Innenministers werde der bisherige Oberbürgermeister von Essen, Dr. Brecht, wahrnehmen. Minister Severing weigerte sich, sein Amt abzugeben; er bezweifle das verfassungsmäßige Zustandekommen der Verordnung, und er werde nur der Gewalt weichen. Der Reichskanzler erwiderte, die Frage der Verfassungsmäßigkeit sei zwar durch den Staatsgerichtshof zu prüfen, aber einstweilen sei eine mit den Amtschreibern des Reichspräsidenten und des Reichskanzlers vorliegende Verordnung rechtsgültig. Daraufhin wurde der Ausnahmezustand über Berlin und die Provinz Brandenburg verhängt. Inhaber der vollziehenden Gewalt ist der Wehrkreiskommandeur, General Rundstedt. Ihm untersteht auch die Polizei in Berlin und Brandenburg.

Die Notverordnungen

Verordnung des Reichspräsidenten

betreffend die Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiet des Landes Preußen vom 20. 7. 32

Auf Grund des Artikels 48 Absatz 1 und 2 der Reichsverfassung verordne ich zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiet des Landes Preußen folgendes:

§ 1.

Für die Geltungsdauer dieser Verordnung wird der Reichskanzler zum Reichskommissar für das Land Preußen bestellt. Er ist in dieser Eigenschaft ermächtigt, die Mitglieder des preussischen Staatsministeriums ihres Amtes zu entheben. Er ist weiter ermächtigt, selbst die Dienstgeschäfte des preussischen Ministerpräsidenten zu übernehmen und andere Personen als Kommissare des Reichs mit der Führung der preussischen Ministerien zu betrauen.

Dem Reichskanzler stehen alle Befugnisse des preussischen Ministerpräsidenten, den von ihm mit der Führung der preussischen Ministerien betrauten Personen innerhalb ihres Geschäftsbereichs alle Befugnisse der preussischen Staatsminister zu.

Der Reichskanzler und die von ihm mit der Führung der preussischen Ministerien betrauten Personen üben die Befugnisse des preussischen Staatsministeriums aus.

§ 2.

Diese Verordnung tritt mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft.

Neudack und Berlin, 20. Juli 1932.

(gez.) v. Hindenburg.
(gez.) v. Papen.

Ausnahmezustand für Berlin und Brandenburg

Berlin, 20. Juli. Eine Notverordnung des Reichspräsidenten ordnet den Ausnahmezustand für Groß-Berlin und die Provinz Brandenburg an.

Verordnung des Reichspräsidenten betr. Ausnahmezustand

Berlin, 20. Juli. Auf Grund des Artikels 48 Absatz 2 der Reichsverfassung verordne ich zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in Groß-Berlin und Provinz Brandenburg folgendes:

§ 1.

Die Artikel 114, 115, 117, 118, 123, 124 und 153 der Verfassung des Deutschen Reichs werden bis auf weiteres außer Kraft gesetzt. Es sind daher Beschränkungen der persönlichen Freiheit, des Rechts der freien Meinungsäußerung einschließlich der Pressefreiheit, des Vereins- und Versammlungsrechtes, Eingriffe in das Brief-, Post-, Telegraphen- und Fernsprechtsgeheimnis, Anordnungen von Hausdurchsuchungen und von Beschlagnahmungen sowie Beschränkungen des Eigentums auch außerhalb der sonst hierfür bestimmten gesetzlichen Grenzen zulässig.

Tagespiegel

Minister Severing, der nachmittags 4 Uhr sein Amt an Dr. Bracht übergeben und das Innenministerium verlassen hat, ist trotzdem nach einer Unterredung mit Minister Hirtler um 6 Uhr in seine bisherigen Amtsräume zurückgekehrt.

Durch Verfügung des Reichskommissars wurden abends 6 Uhr sämtliche preussischen Minister für abgesetzt erklärt. Dr. Bracht erschien bei Severing, um ihn auf die Folgen weiteren Widerstands aufmerksam zu machen.

Ministerpräsident Braun hat aus seinem Urlaub brieflich den Reichskanzler um Mitteilung ersucht, auf welche Verfassungsbestimmungen sich seine (Brauns) Amisentlassung und die Behinderung der Wiederaufnahme der Geschäfte durch militärische Besetzung des Staatsministeriums gründen.

Die Bayerische Staatszeitung will erfahren haben, daß der Vertreter des bayerischen Gesandten in Berlin beim Reichskanzler namens seiner Regierung Widerspruch gegen die Maßnahmen gegen die preussische Regierung erhoben habe.

Der heftige Landtag ist auf 28. Juli einberufen worden. Auf der Tagesordnung steht u. a. ein nationalsozialistischer Antrag: Das Gesamtministerium kann aus dem Staatspräsidenten allein bestehen.

Die Zahl der Todesopfer bei den Unruhen in Alfona am Sonntag hat sich auf 16 erhöht. Drei Schwerverletzte schweben noch in Lebensgefahr.

Die englische Presse bespricht lebhaft die gleichzeitigen Ereignisse der Maßnahmen in Berlin und der Regierungs-umbildung in Rom.

Der Vorsitzende der Mandchurei-Untersuchungskommission des Völkerbunds, Lord Lytton, der seit einiger Zeit erkrankt ist, wurde in das Deutsche Krankenhaus in Peking gebracht.

§ 2.

Mit der Bekanntmachung dieser Verordnung geht die vollziehende Gewalt auf den Reichswehrminister über, der sie auf Militärbefehlshaber übertragen kann.

Zur Durchführung der zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit erforderlichen Maßnahmen wird dem Inhaber der vollziehenden Gewalt die gesamte Schutzpolizei des bezeichneten Gebietes unmittelbar unterstellt.

§ 3.

Wer den im Interesse der öffentlichen Sicherheit erlassenen Anordnungen des Reichswehrministers oder des Militärbefehlshabers zuwiderhandelt oder zu solchen Zuwiderhandlungen auffordert oder anreizt, wird, sofern nicht die bestehenden Gesetze eine höhere Strafe bestimmen, mit Gefängnis oder Geldstrafe bis zu 15 000 Reichsmark bestraft.

Wer durch Zuwiderhandlung nach Absatz 1 eine gemeine Gefahr für Menschenleben herbeiführt, wird mit Zuchthaus, bei mildernden Umständen mit Gefängnis nicht unter sechs Monaten und, wenn die Zuwiderhandlungen den Tod eines Menschen verursachen, mit dem Tode, bei mildernden Umständen mit Zuchthaus nicht unter zwei Jahren bestraft. Daneben kann auf Vermögensentziehung erkannt werden.

Wer zu einer gemeinen Gefahr oder Zuwiderhandlung 2. auffordert oder anreizt, wird mit Zuchthaus, bei mildernden Umständen mit Gefängnis nicht unter drei Monaten bestraft.

§ 4.

Die in den Paragraphen 81 (Hochverrat), 302 (Brandstiftung), 311 (Explosion), 312 (Ueberlistungen), 315 Absatz 2 (Beschädigung von Eisenbahnanlagen) des Strafgesetzbuches mit lebenslanglichem Zuchthaus bestrafte Verbrechen sind mit dem Tode zu bestrafen, wenn sie nach der Verkündung der Verordnung begangen sind, unter der gleichen Voraussetzung kann im Falle des § 92 (Landesverrat) des Strafgesetzbuches auf Todesstrafe erkannt werden, ebenso in den Fällen des Paragraphen 125 Abs. 2 (Rädelsführer und Gewalttätigkeiten bei Zusammenrottungen) und § 115 Abs. 2 (Rädelsführer und Widerstand bei Aufruf), wenn der Täter den Widerstand, die Gewalt oder Droh mit Waffen oder im bewußten und gewollten Zusammenstreifen mit Bewaffneten begangen hat.

§ 5.

Auf Ansuchen des Inhabers der vollziehenden Gewalt sind durch den Reichsminister der Justiz außerordentliche Gerichte zu bilden.

Zur Zuständigkeit dieser Gerichte gehören außerdem im Paragraphen 9 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. März 1931 (Reichsgesetzblatt Seite 371) ausgeführte Straftaten, auch die Vergehen und Verbrechen nach § 3 der vorliegenden Verordnung.

§ 6.

Diese Verordnung tritt mit der Verkündung in Kraft. Neudack und Berlin, 20. Juli 1932.

Der Reichspräsident: gez. v. Hindenburg.

Der Reichskanzler: gez. v. Papen.

Der Reichsminister des Innern: gez. Frh. v. Gayl.

Der Reichswehrminister: gez. v. Schleicher.

Generalleutnant von Rundstedt

Befehlshaber von Berlin und Brandenburg

Berlin, 20. Juli. Auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 20. Juli 1932 übertrage ich die vollziehende Gewalt für den Bezirk Groß-Berlin und die Provinz Brandenburg auf den Befehlshaber im Wehrkreis 3, Generalleutnant v. Rundstedt.

(gez.) v. Schleicher.

Aufruf des Oberbefehlshabers von Berlin und Brandenburg

„Ich bin durch den Herrn Reichswehrminister zum Inhaber der vollziehenden Gewalt für den Bereich von Groß-Berlin und die Provinz Brandenburg ernannt worden.

Ich erwarte von allen Behörden und von der Bevölkerung, daß sie meinen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung erlassenen Anordnungen Folge leisten. Wer diese Bekanntmachungen böswillig abweist, verunstaltet oder beschädigt, wird bestraft.

Berlin, den 20. Juli 1932.

Der Militärbefehlshaber:

(gez.) von Rundstedt, Generalleutnant.“

Begründung der Notverordnung

Berlin, 20. Juli. Durch die Verordnung des Herrn Reichspräsidenten vom 20. Juli 1932 ist der Reichskanzler zum Kommissar für Preußen bestellt worden. In dieser Eigenschaft hat er auf Grund der ihm erteilten Vollmachten den Ministerpräsidenten Braun und den Minister des Innern Severing ihrer Ämter enthoben. Die Befugnisse und Aufgaben des preussischen Ministerpräsidenten sind auf den Reichskanzler als Reichskommissar übergegangen. Die Selbständigkeit des Landes Preußen im Rahmen der Reichsverfassung wird nicht angefaßt. Die Reichsregierung erwartet vielmehr, daß alsbald eine baldige Beendigung des auf Grund der Notverordnung geschaffenen Zustands eintreten wird.

Die blutigen, von kommunistischer Seite hervorgerufenen Unruhen haben die Reichsregierung vor die schwere Aufgabe gestellt, von sich aus für Ruhe und Sicherheit im größten Land Deutschlands zu sorgen. In den übrigen deutschen Ländern, in denen die Polizeibehörden straff geleitet werden, besteht keine Befürchtung, daß kommunistische Umtriebe Erfolg erzielen. Die Reichsregierung bedauert lebhaft, daß diese Voraussetzungen für Preußen nicht in dem notwendigen Umfang zutreffen, obgleich die ordentlichen Polizeiorgane durch Einsatz von Person und Leben der Beamten sich bemüht haben, der offenbar von langer Hand vorbereiteten Unruhen Herr zu werden. In Preußen hat die Reichsregierung die Beobachtung machen müssen, daß Planmäßigkeit und Zielbewußtheit der Führung gegen die kommunistische Bewegung fehlen.

Es ist kein Zufall, daß gerade in Preußen die kommunistische Kampforganisation am straffsten und erfolgreichsten aufgetreten ist und an den verschiedensten Orten ernste und blutige Unruhen hervorgerufen hat. Es besteht der begründete Verdacht, daß hohe preussische Dienststellen in Berlin und an anderen wichtigen Punkten nicht mehr die innere Unabhängigkeit besitzen, die zur Erfüllung ihrer Aufgabe notwendig ist. Dadurch ist in weiten Kreisen der Bevölkerung, der Exekutivbeamten, sowie der Bevölkerung die staatliche Autorität erschüttert. Verstärkt ist dieser Eindruck in der Öffentlichkeit durch die ungezügelten scharfen Angriffe des preussischen Ministers des Innern und anderer hoher Beamter gegen die Reichsregierung. Die notwendige vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Reichsregierung und Landesregierung ist durch dieses Auftreten unmöglich gemacht worden. Unter diesen unerträglichen Umständen ist die vorübergehende Zusammenfassung der Machtmittel des Reichs und Preußens in der Hand des Reichskanzlers als Reichskommissar für Preußen der einzige Weg zur raschen Befriedung des großen deutschen Landes.

Der Reichskommissar beruft eine preussische Kabinettsitzung ein

Berlin, 20. Juli. Reichskanzler von Papen hat in seiner Eigenschaft als Reichskommissar für Preußen das preussische Kabinett zu einer Sitzung um 4 Uhr nachmittags einberufen. Um 6 Uhr wird das Reichskabinett zu einer Besprechung der Lage zusammentreten.



Man nimmt in Kreisen der Reichsregierung nicht an, daß die preussischen Minister zu der Sitzung kommen werden. Der mit der Führung der Geschäfte des preussischen Innenministeriums beauftragte Essener Oberbürgermeister, Dr. Bracht wird seine Amtsgeschäfte um 4 Uhr nachmittags übernehmen.

Die Pressestelle der preussischen Staatsregierung ist auf Anordnung des Reichskommissars geschlossen worden.

Der Präsident der Pressestelle, Hirschfeld, und das ganze Personal sind entlassen worden.

Befehung des Staatsministeriums

Um die Mittagsstunde wurden die Büroräume des preussischen Ministerpräsidenten von zwei Mann Reichswehr, die unter Führung eines Offiziers erschienen, besetzt. Der Offizier verließ das Staatsministerium wieder. Die Staatsregierung hatte sich in das Innenministerium begeben.

Sitzung des alten Preussenkabinetts

Berlin, 20. Juli. Das bisherige geschäftsführende preussische Kabinett ist um die Mittagsstunde zu einer Sitzung zusammengetreten, an der auch Minister Braun teilnahm, nachdem er sein Entlassungsschreiben schon in seiner Wohnung entgegengenommen hatte. In der Sitzung wurde zunächst über die Unterredung beim Reichskanzler Bericht erstattet. Severing teilte mit, er habe erklärt, die öffentliche Sicherheit und Ordnung sei in Preußen nicht mehr als in anderen Ländern gefährdet. In diesen Tagen werde Weltgeschichte geschrieben; er denke nicht daran, sein Amt als republikanischer Minister feige zu verlassen. Dieser Erklärung habe sich Minister Hirtfelder angeschlossen.

Erklärung der bisherigen Staatsregierung

Berlin, 20. Juli. Von der bisherigen preussischen Staatsregierung wird folgende Verlautbarung veröffentlicht:

Die preussische Staatsregierung nimmt einstimmig zu den heutigen Vorgängen wie folgt Stellung:

I.

Die Einsetzung eines Reichskommissars für Preußen, dem die gesamte vollziehende Gewalt übertragen wird, widerspricht nach Anschauung der preussischen Regierung der Reichsverfassung.

1. Weil kein Anlaß zu einer solchen Maßnahme vorliegt.
2. Weil die Einsetzung keine nötige Maßnahme für Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung darstellt.
3. Weil der Einsatz andere Zwecke verfolgt.

Die preussische Staatsregierung wird daher sofort den Staatsgerichtshof anrufen und bis zu dessen Entscheidung den Erlass einer einstweiligen Verfügung beantragen.

II.

Soweit auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung unmittelbar oder mittelbar durch einen Reichskommissar in Artikel 17 der Reichsverfassung eingegriffen wird, z. B. durch Abhebung von Ministern oder Ernennung neuer Minister oder in Artikel 63 der Reichsverfassung, wonach die Länder im Reichsrat durch Mitglieder ihrer Regierung vertreten werden, wird die preussische Staatsregierung einen solchen Eingriff als ungültig und nicht vorhanden ansehen.

In Kreisen der Reichsregierung wird es stark bezweifelt, daß der Staatsgerichtshof eine einstweilige Verfügung erlassen werde, wie sie in der Regel nur in Zivilprozessen erfolge. Der Staatsgerichtshof hat in der Tat in seiner bisherigen Praxis nur in ganz seltenen Fällen eine einstweilige Verfügung erlassen.

Grzesinski durch Melcher ersetzt

Durchgreifende Änderungen in der Schutzpolizei

Berlin, 20. Juli. Der bisherige Polizeipräsident von Berlin, Grzesinski, ist freiwillig von seinem Posten zurückgetreten, den nun am Mittwoch mittags 12.30 Uhr der Polizeipräsident von Essen, Melcher, eingenommen hat, der als ein hervorragender Beamter der alten Schule gilt.

Außer Grzesinski mußten auch der Vizepräsident Weiß und der Kommandeur der Berliner Schutzpolizei, Heimannsberg, zurücktreten. Zum neuen Kommandeur wurde Oberst Poten ernannt. Bei der Uebernahme der Aemter war Generalleutnant v. Rundstedt im Polizeipräsidentium anwesend.

Die preussischen Minister sind nicht zu dem vom Reichskommissar einberufenen Sitzung erschienen. Die Minister

Hirtfelder, Klepper, Schmidt und Schreiber haben um zwei Uhr das Innenministerium verlassen und sich in ihre Ministerien begeben.

Der bisherige Polizeipräsident Grzesinski weigert sich, die Untertragung seiner Amtsausübung durch Bracht anzuerkennen. Auch die Amtsentsetzung Heimannsbergs und Weiß erkenne er nicht an.

Der neue Bevollmächtigte des Reichskommissars für Preußen, Dr. Franz Bracht, steht im 55. Lebensjahr. Er war zunächst Staatsanwalt in Essen und Hamm und von 1911 bis 1918 Regierungsrat im Reichsversicherungsamt. 1919 wurde er Ministerialdirektor im preussischen Wohlfahrtsministerium und 1923 von Reichskanzler Marx zum Staatssekretär der Reichskanzlei ernannt. 1924 wurde er zum Oberbürgermeister von Essen gewählt. Bracht steht dem Zentrum nahe und ist ein Freund Stegerwalds, er ist aber parteipolitisch nicht hervorgetreten.

Anrufung des Staatsgerichtshofs

Berlin, 20. Juli. Das bisherige preussische Kabinett hat heute mittags in einem längeren Telegramm beim Staatsgerichtshof den Erlass einer einstweiligen Verfügung beantragt. Severing sagte, er werde um 4 Uhr dem Bevollmächtigten Dr. Bracht erklären, daß er die Uebergabe der Geschäfte ablehne und nur der Gewalt weiche.

Die Leiter des Allg. Gewerkschaftsbunds und Vertreter des sozialdemokratischen Parteivorstands sind nachmittags zu einer Besprechung zusammengetreten.

Bayern will Rechtsverwahrung einlegen

München, 20. Juli. Die Vorgänge in Preußen haben in Bayern und insbesondere in München ungeheures Aufsehen erregt. Der Ministerrat nahm beim Einlauf der Nachrichten sofort Stellung. Amlich wird mitgeteilt, die bayerische Staatsregierung werde beim Reichspräsidenten und Reichskanzler eine Rechtsverwahrung gegen die Einsetzung des Reichskommissars in Preußen einlegen, weil sie eine solche Maßnahme als verfassungsrechtlich unzulässig erachte. Sie werde auch gleichzeitig ihren Rechtsstandpunkt vor dem Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich zum Ausdruck bringen.

Amtsenthebung des ganzen Kabinetts

Berlin, 20. Juli. Da die preussischen Minister zu der vom Reichskommissar anberaumten Nachmittagsitzung demonstrativ nicht erschienen sind, werden nun wahrscheinlich sämtliche preussische Minister ihrer Aemter enthoben und je durch einen Kommissar ersetzt. Es kommen dafür Persönlichkeiten in Frage, die sich als Staatssekretäre und in ähnlichen Stellen im Reich und in Preußen bewährt haben. Die Anrufung des Staatsgerichtshofes hält die Durchführung der Notverordnung des Reichspräsidenten nicht auf.

In der Stadt Berlin herrschte den ganzen Tag Ruhe, wenn auch die Ereignisse lebhaft besprochen werden.

Als Dr. Bracht um 4 Uhr im Innenministerium erschien, um die Geschäfte zu übernehmen, verwies Severing auf seine Erklärung gegenüber dem Reichskanzler, daß er nur der Gewalt weiche.

Auf dem Polizeipräsidentium erschien gegen 5 Uhr Generalleutnant v. Rundstedt mit mehreren Offizieren und 12 feldmarschmäßig gerüsteten Reichswehrsoldaten und fragte den bisherigen Polizeipräsidenten Grzesinski kurz, ob er seinen Posten nun sofort und freiwillig räumen wolle. Anfänglich hatte Grzesinski die freiwillige Amtsniederlegung zugesagt, auf Veranlassung Severings aber die Zulage zurückgezogen und einem Hauptmann erklärt, er lasse sich nicht verhaften, da er als Abgeordneter immun sei.

Um 5.45 Uhr wurden Grzesinski, Heimannsberg und Weiß von einem Offizier und den 12 Mann Reichswehr verhaftet und mittels Kraftwagen nach der Offiziersarrestanstalt in Moabit überführt. Während der Abführung wurden in den Gängen des Polizeipräsidentiums von Beamten Hochrufe auf die Republik ausgebracht.

Pressestimmen zu den Maßnahmen in Preußen

Berlin, 20. Juli. Die „Kreuzzeitung“ spricht von einer „erlösenden Tat“ und begrüßt die Umsicht und die Energie, mit denen die Reichsregierung die nötigen Schritte eingeleitet habe.

Und dann — er war ein harter und idealsofer Mann, und seinem Denken entsprach die Spekulation auf das Fallen eines Wertes mehr denn die Hoffnung auf Besserung. Er warf sich auf die Baluten der Mittelmächte.

Er spielte mit Summen, über die man im Palast, den der berühmte Verlage für die Amsterdamer Börsenleute gebaut hatte, besorgt die Köpfe schüttelte. Einmal wurde er sogar eingeklemmt. Die deutsche Mark stand auf fünf holländische Cents. Plötzlich begann sie jäh zu steigen. Als sie auf achtzehnhalb stand, warf Bernoff zehn Millionen Mark auf den Markt.

Am nächsten Morgen stand die Mark auf zehn Cents. Sein Bankier telephonierte um weitere Deckung. In einer Viertelstunde war Bernoff bei ihm, legte 100 Gulden und ein Kehllederfäßchen mit fünfzundzwanzig Diamanten vom reinsten Wasser auf den Tisch. Der kleinste war dreieinhalb Karat, einige von sechs und sieben Karat waren darunter, und der größte, ein herrlicher Stein vom ersten Blauweiß, wog achtzehn Karat.

Der Bankdirektor ließ sofort einen Schatzmeister kommen, der, obwohl er ein abgegrünter Kenner seines Faches war, in helle Bewunderung ausbrach.

Die Bank nahm die Steine in Verwahrung, und Bernoff warf sofort weitere zwanzig Millionen Mark zu zehn Cents auf den Markt.

Vier Tage später stand sie wieder auf fünf Cent. Bernoff holte seine Diamanten zurück, und die Bank schrieb ihm beinahe volle 1 350 000 Gulden gut.

Daraufhin spielte er nicht mehr; er fiel die Börse an mit der verbliebenen But eines Rasenden. Die Währungen der Mittelmächte fielen manchmal unvermittelt um einen Punkt.

Die „Deutsche Tageszeitung“ fordert: „Jetzt durchgreifen.“

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ betont die Verfassungsmäßigkeit des Eingreifens der Reichsregierung. Reichspräsident und Reichsregierung verdienen für die mutige Entscheidung, die sie getroffen haben, Anerkennung und Dank.

Der „Lokalanzeiger“ schreibt, die Reichsregierung habe wahrhaftig lange genug gezögert, ehe sie zu der Maßnahme kam, an der sie jetzt doch nicht vorbeikommt. Die Regierung habe jetzt zu handeln begonnen.

Die „Boschische Zeitung“ spricht von der „Reichsrevolution“, die ein Schritt von unübersehbarer Tragweite sei. Die Reichsregierung habe eine Aktion begonnen, die ins Ungewisse führe.

Das „Berliner Tageblatt“ bezeichnet das Vorgehen der Reichsregierung als ein „halbbrecherisches Spiel“. Wenn man jetzt den Konflikt mit dem größten Lande auf die Spitze treibe und den Artikel 48 geradezu zum Leiffaden des Regierens mache, dann sei schwer zu sehen, wie aus solcher Verwirrung der Begriffe und Kompetenzen wieder einmal der Weg zur Ordnung und vor allem zur Verfassung zurückgefunden werden könne.

Ueberfall auf ein Polizeikommando

Stralsund, 20. Juli. In der vergangenen Nacht war der Stralsunder Polizei nach der Hinterlandgegend gemeldet worden, daß Angehörige der Eisernen Front im Anmarsch auf Stralsund seien. Zur Verstärkung wurde deshalb ein Stettiner Schutzpolizeikommando nach Regast entsandt. Unterwegs wurde das Kommando in einem Walde plötzlich heftig beschossen. Die Beamten erwiderten das Feuer und umstellten das Waldstück. Ueber 100 Personen, die dort im Hinterhalt gelegen hatten, wurden festgenommen. Man fand eine Menge Pistolen, 77 Schußmunition, 14 feststehende Messer, zahlreiche Gumminäpfe, Stahlruten, Totschläger und mit Nägeln beschlagene Knüppel, sowie andere Schlagwerkzeuge. Eine mit Verbandszeug gefüllte Aktentasche wurde beschlagnahmt. Die Verhafteten, unter denen sich sozialdemokratische Führer aus Stralsund befanden, wurden von den Polizeibeamten mit gezogener Pistole abgeführt. — Beim Feuergefecht im Wald wurden einige Personen verletzt. Der der Eisernen Front angehörende Lehrer Krull aus Greifswald wurde mit einem Kopfschuß ins Krankenhaus eingeliefert, wo er inzwischen verstorben ist.

Neue Nachrichten

Die Ländervertreter beim Reichskanzler

Berlin, 20. Juli. Mittags empfing der Reichskanzler zunächst den Vertreter Bayerns, im Anschluß daran die Gesandten von Baden, Sachsen, Thüringen, Hessen und Hamburg. Die badische Regierung wird außerdem durch den Reichsverkehrsminister E. v. Rübenach unterrichtet, der bereits nach Karlsruhe unterwegs ist. Ebenso wird die württembergische Regierung durch den Stellvertreter des württembergischen Gesandten in Berlin, Dr. Wiedemann, unterrichtet, der gleichfalls bereits mit diesem Auftrag von Berlin unterwegs ist.

Keine Amnestie in Hamburg

Die Folge der Altonaer Unruhen

Hamburg, 20. Juli. In der gestrigen Sitzung des Amnestieausschusses der Hamburger Bürgerschaft wurde die nationalsozialistische Amnestievorlage nach Ausföhrungen des Senatsvertreters Dr. Struve, der im Hinblick auf die Unruhen in Altona entschieden gegen eine Amnestie wandte, mit 7 Stimmen der Regierungsparteien und Deutschnationalen gegen 8 Stimmen der Nationalsozialisten und Kommunisten abgelehnt. — Der schon früher eingebrachte Amnestieantrag bezog sich nicht auf den Altonaer Krawall.

Regierungskrise in Italien

Minister zurückgetreten

Rom, 20. Juli. Die Agencia Stefani meldet: Der König hat den Rücktritt des Außenministers Grandi, des Finanzministers Mosconi, des Justizministers

Bernoff hatte wieder fünfzig bis hundert Millionen Mark oder Kronen auf den Markt geworfen.

Dabei spielte er ganz leidenschaftlos. Der Mann war den anderen Börsianern ein Rätsel.

Er blieb stets der gleiche, ob er Riesensummen gewann, oder, was ja auch manchmal vorkam, eine halbe oder eine ganze Million verlor.

In seinem Gesicht verzog sich nichts. Gleichmütig bezahlte er oder strich er ein. Pünktlich nach Börsenschluß bestieg er sein Auto und fuhr nach Haus. Dort nahm er ein spärliches Abendmahl, außer wenn er einmal Gäste hatte, was sehr selten vorkam. Aber dann waren es Finanzgrößen aus der ganzen Welt, manchmal auch der eine oder andere bedeutende Politiker. Dann ließ er vom Haus Couturier, jener berühmtesten aller Amsterdamer Gaststätten eine fürstliche Mahlzeit kommen.

Gewöhnlich aber arbeitete er am Abend.

Selten — ganz selten hörte Jan, sein Kraftwagenlenker und Kammerdiener, oben die klagenden Töne einer Geige klingen. Dann spielte Bernoff. Sachte und wehmütige Melodien, die Jan nicht kannte. Manchmal rissen sie plötzlich mit einem Nichten ab.

Außer dem Schreibmaschinenfräulein kam kein weibliches Wesen ins Haus. Jan machte alle Arbeit. Einmal sagte Bernoff zu ihm:

„Sie werden heute mit der Hausarbeit nicht fertig, wenn Sie mit mir fahren. Zeigen Sie mir, wie der Wagen gehalten wird. Ich fahre selbst.“

Jan machte ein verblüfftes Gesicht und gehorchte. Dabei erlaubte er sich die Frage:

„Haben Sie schon einen Führerschein, Herr Bernoff?“
„Natürlich!“
Fortsetzung folgt.

Verrat an Woltmann

Von G. Panstingl.

Copyright 1932, by Dr. G. Panstingl, The Hague, Holland.

Gleich darauf nahm Bernoff noch einen Sekretär auf, einen Deutschrussen mit vollendeten Manieren, der ebenfalls sehr sprachkundig war. Dann fuhr er in seinem Auto weg.

Am Mittag kam er ins Hotel zurück.

„Wenn der russische Generalkonsul und Bandirektor Verstaaten kommen, führen Sie die Herren zu mir hinauf. Gedeht für drei!“

Am Abend des gleichen Tages verlangte er zur großen Betrübnis des Portiers seine Rechnung für den nächsten Morgen.

„Er hat ein Haus in der Bondelstraße gekauft,“ teilte der Chauffeur dem Portier im Vertrauen mit.

Mit Betrübnis sah dieser den vornehmen Gast verschwinden. Das fürstliche Trinkgeld, das er vorsichtig in seiner linken Hand hielt, linderte aber den Abschiedsschmerz. Bernoff stürzte sich in die Arbeit. In wenigen Tagen schwamm er mit kräftigen und sicheren Stößen in dem Strudel der damals loyenden und brausenden Börsenfluten Amsterdams. Zwar kannte er Holland noch nicht, aber doch hatte er selbst vor den geschäftstüchtigen und geriebenen internationalen Holländern manches voraus. Vor allem hatte er in Rußland schon einen Währungssturz mitgemacht. Er kannte den Kummel und wußte, daß eine stürzende Währung nur mit Riesensopfern zu halten war. Woher sollten Deutschland und Oesterreich die Werte für solche Opfer nehmen?

Rocco, des Erziehungsministers Giuliano und des Korporationsministers Bottai entgegengekommen. Er ernannte zum Minister für auswärtige Angelegenheiten und Korporationen den Regierungschef, zum Justizminister den Abgeordneten und Rektor der Universität Rom, Professor De Francisci, zum Finanzminister den Abgeordneten Guido Jung und zum Erziehungsminister den Abgeordneten und Rektor der Universität Palermo, Professor Ercole.

Die grundlegenden Personalveränderungen im italienischen Kabinett entsprechen der in Italien üblichen Tendenz der „Wanderung der Ämter“. Die Vereinigung der beiden wichtigsten Ministerien des Äußern und der Korporationen in der Hand Mussolinis läßt darauf schließen, daß jetzt die Außenpolitik wieder enger an die Innenpolitik angeschlossen werden soll. Die Übernahme des Außenministeriums durch Mussolini deutet darauf hin, daß Mussolini darauf drängen will, daß die Abrüstungskonferenz und der wirtschaftliche Wiederaufbau Europas jetzt schneller in Gang kommen. Die Übernahme des Außenministeriums durch Mussolini ist eine Folge der Haltung der übrigen europäischen Länder, die Lösung der Abrüstungsfrage und der anderen großen Fragen zu verschleppen. Grandi geht als Vizekanzler nach London.

Chinesisch-japanische Kämpfe in der Mandschurei

London, 20. Juli. „Times“ zufolge ist es in der Provinz Jehol (Mandschurei) zu Kämpfen zwischen Chinesen und Japanern gekommen. Nach japanischen Berichten war ein japanischer Beamter, der Verhandlungen mit dem Gouverneur der Provinz über den Opiumhandel, anscheinend im Zusammenhang mit dem von der neuen mandschurischen Regierung geplanten Opiummonopol führte, von den Chinesen gefangen genommen worden. Deshalb seien japanische Truppenabteilungen an Ort und Stelle gesandt worden.

Von chinesischer Seite wird gemeldet, daß japanische Flugzeuge die Stadt Tschaoang, nordwestlich von Tschin-schau, mit Bomben beworfen hätten.

Zusammenstoß an der Grenze zwischen Bolivien und Paraguay

La Paz, 20. Juli. Bei einem Angriff einer Truppenabteilung aus Paraguay auf das bolivianische Grenzort Santa Cruz wurden gestern zwei Soldaten getötet und ein Offizier verwundet.

Württemberg

Stuttgart, 20. Juli.

Württemberg und die Vorgänge in Preußen. Ueber die Stellungnahme der württembergischen Regierung zu den Vorgängen in Preußen war bis jetzt noch nichts zu erfahren. Daß die Vorgänge aber mit einer gewissen Ruhe aufgenommen werden, zeigt sich darin, daß Staatspräsident Dr. Volz heute nachmittag zusammen mit dem Reichskanzler a. D. Dr. Brüning zu der angelegten Wahlreise nach Augsburg weggefahren ist, obwohl er von den politischen Vorgängen in Berlin Kenntnis hat.

Krankheitsstatistik. In der 27. Jahreswoche vom 8. bis 9. Juli 1932 wurden in Württemberg folgende Fälle von gemeingefährlichen und sonstigen übertragbaren Krankheiten amtlich gemeldet: Diphtherie 9 (tödlich 1); Tuberkulose der Lunge und des Kehlkopfes, sowie anderer Organe 17 (28); Scharlach 31 (2); Paratyphus 4 (—); Nahrungsmittelvergiftung mit Paratyphusbazillenbefund 9 (—); Fleischvergiftung 1 (—).

Zeichen der Zeit. Auf ein Inserat: „Dienstmädchen in kleine Beamtenfamilie gesucht“ meldeten sich nicht weniger als 163 Bewerberinnen im Alter von 15—30 Jahren, darunter eine stattliche Anzahl junger Mädchen, die die mittlere und Prima-Reife besitzen.

Vom Tage. Im östlichen Stadteck vergiftete sich ein 86 J. a. Mann mit Gas. Er war nervenleidend.

Brüning in der Stadthalle

Stuttgart, 20. Juli. In einer großen Zentrumskundgebung in der von 10 000 Personen vollbesetzten Stadthalle sprachen gestern Abend Reichskanzler a. D. Dr. Brüning und Staatspräsident Dr. Volz zur Reichswahl. Nach dem Einmarsch der Schwabewacht und einleitenden Worten des Versammlungsvorsitzenden, Oberbürgermeister Walter, ergriff Staatspräsident Dr. Volz das Wort, indem er zunächst auf die innen- und außenpolitische Arbeit des Reichskanzlers Dr. Brüning einging. Zu dem Kabinett Papen übergehend, führte er aus, diese sogenannte Konzentrationsregierung sei so konzentriert, daß jeder sie ablehne. Habe Brüning es fertig gebracht, Frankreich außenpolitisch zu isolieren, so habe Papen in Lausanne in wenigen Tagen erreicht, daß jetzt Deutschland isoliert sei. Einmal Mügligheres als das Lausanner Scheitern könne man sich nicht denken. In der Innenpolitik sagen wir der Reichsregierung, die jetzt das Kundgebungsverbot wieder eingeführt hat: Du hast unsere Warnungen nicht gehört und bist daher mitschuldig an dem geflossenen Blut. Seht erwarten wir, daß die Reichsregierung auch noch der Soldatenplekerei ein Ende bereitet und die Uniformen verbietet. Man müsse verlangen, daß die Nationalsozialisten sichtbar die Verantwortung übernehmen und zeigen, wie sie dem deutschen Volke Brot, Arbeit, Freiheit und Frieden bringen. Pläne aber Hitler die Diktatur, so gefährde er das Reich. Eine Zahl vielfach so groß wie die Zahl der SA-Mitglieder gegen eine Diktatur zur Wehr setzen. Die Nationalsozialisten glauben selbst nicht, daß sie samt dem deutschnationalen Schwänzen die Mehrheit erringen. In dieser Lage komme die Bedeutung des Zentrums zum Ausdruck, das als einzige bürgerliche Partei Aussicht habe, nicht zerschmettert, sondern noch größer zu werden.

Von Schwäbisch-Gmünd kommend, wo er zuvor in einer Zentrumsversammlung gesprochen hatte, erschien kurz vor zehn Uhr Reichskanzler a. D. Dr. Brüning, jubelnd begrüßt, in der Versammlung. Dr. Brüning führte aus, es gebe Schwankungen und Schwankungen in der Politik, die nicht ohne Erschütterungen der Autorität erfolgen. Er habe nicht den Rat gegeben, so rasch nach der Reichspräsidentenwahl einen Regierungswahl zu den Parteien zu machen, die bisher in schärfster Opposition standen. Um der Autorität willen und aus staatspolitischen Gründen würde ich mich aber auch heute noch für die Wiederwahl des Reichspräsidenten von Hindenburg einsetzen. Sicher ist, daß auf

Diktatur zuerst eine Persönlichkeits, die wirklich Diktatur sein kann, gehört. Die Übertragung militärischen Denkens hat sich immer als ein Unglück für ein Volk erwiesen. Zur Ratifizierung des Lausanner Ergebnisses soll die Regierung Papen sich um die Zustimmung der Parteien bemühen, als deren Wortführer sich der neue Kanzler in Lausanne vorgestellt hat. An der Zustimmung der Rechten sei nicht zu zweifeln, denn ihr gehe es in erster Linie um die Eröberung der Macht im Innern. Das Zentrum sei ernstlich besorgt um die Zukunft unseres Vaterlandes. Es sei ein Gesetz der Geschichte, daß auf radikale Stöße, die nur nach einer Seite tendieren, nach einiger Zeit der Gegenstoß von der anderen Seite kommt. Nicht durch Diktatur, sondern nur durch eine Politik des Ausgleichs und der Mäßigung wird Deutschland wieder zur Höhe kommen.

Stürmischer Beifall dankte beiden Rednern. Die Versammlung verlief ruhig.

Aus dem Lande

Großheppach 20. Wablingen, 20. Juli. Unglücksfall mit Todesfolge. Die 33jährige Frau Lina Siegle, Ehefrau des Eisendrebers Siegle aus Großheppach, fuhr auf ihrem Fahrrad die etwas steile Schloßstraße herab und bog in die Hauptstraße ein. Dort prallte sie auf den Kraftwagen des Bezirksnotars S. aus Schorndorf auf. Die Frau stürzte so unglücklich auf die Straße, daß sie dabei einen tödlichen Schädelbruch erlitt.

Gmünd, 20. Juli. Störung der Bränning-Rundgebung durch Nationalsozialisten. Der Polizeibericht meldet: Gestern Abend zwischen 8 und 9 Uhr versuchten zwei hiesige junge Leute die Wahlversammlung, in der Reichskanzler a. D. Dr. Brüning sprach, während der Rede Dr. Bränning's dadurch zu stören, daß sie am Studentenwäldchen über die Starkstromleitung, die zum Versammlungsort führte, Kupferdrähte warfen, um dadurch Kurzschluß herbeizuführen. Die Täter konnten vom Fest aus beobachtet werden. Die Verfolgung wurde durch zwei Polizeibeamte in einem Kraftwagen sofort aufgenommen. Es gelang, die Täter bei der Fachschule festzunehmen. Sie haben zugegeben, daß sie die Tat aus politischen Beweggründen begangen haben. Einer der Täter ist Angehöriger der SA, der NSDAP, der andere gehörte dieser Organisation früher an. Die Störung konnte nach 5 Minuten wieder behoben werden, ohne daß eine Verunreinigung der Massen eingetreten wäre.

Württemberg 20. Urach, 20. Juli. Ein Bubenstreich. Als vorige Woche ein hiesiger Bienezüchter, der für einige Tag das Bett hatte hüten müssen, wieder nach seinen Bienevolkern sehen wollte, mußte er zu seinem Schrecken feststellen, daß ein Teil der Tiere gestorben war. Es stellte sich heraus, daß die Klappen der Luftöffnung am Bieneerstand zugeklappt waren, so daß die Bienen ersticken mußten. Schuldige Knaben haben diesen verwerflichen Streich ausgeführt.

Schramberg, 20. Juli. Erwischt und verhaftet. In das Amtsgefängnis in Wolschach eingeliefert wurde von der Gendarmrie Hornberg die 32jährige Bertha Müller von Stuttgart, die wegen Hotelbetrugereien in größerem Umfang, so zuletzt in Schramberg, Wiblingen, Bad Dürrenheim, Stuttgart und Tübingen, gesucht wurde.

Schwenningen, 20. Juli. Schwenninger Arbeiter erröben die deutsche Bundesmeisterschaft. In Halle errangen am Sonntag die Mannschaften des hiesigen Arbeiter-Radfahrervereins „Frisch auf“ im Saalkunstreifen die Deutsche Bundesmeisterschaft mit einem Sechser-Schulreigen. Bei einem weiteren Kampf auch um die Meisterschaft im Steuerreigen kamen die Schwenninger Radfahrer an die fünfte Stelle.

Göppingen, 20. Juli. Anechtliches Ei. Ein Landwirt in einer Ortschaft der Umgebung erhielt dieser Tage von einem Huhn ein Ei mit dem ansehnlichen Gewicht von 110 Gramm.

Koensburg, 20. Juli. In Haft genommen. Privatier Martin Köhle, früher Malermeister und Handelsmann, sowie Tapezier Köhle wurden wegen Vergehens gegen die Deffenordnung von der hiesigen Kriminalpolizei verhaftet. Gegen Anton Köhle schwebt gleichzeitig ein Verfahren wegen Unterschlagung von Wertpapieren.

Unglaublich aber wahr. In letzter Zeit mehrten sich in auffallender Weise die Taschendiebstähle, so, ohne daß es zunächst gelungen wäre, der Täter habhaft zu werden. Die angestellten Nachforschungen haben nun zu dem überraschenden Ergebnis geführt, daß die Diebstähle von einer Anzahl Kinder ausgeführt wurden, die es auf Handtäschchen und deren Inhalt abgesehen hatten. Der jüngste der kleinen Langfinger ist erst sechs Jahre alt. Mist verübten sie ihre Raubzüge in Gruppen zu zweien oder vierein. Das gestohlene Geld vertaten sie zu einem Teil mit Schleckereien.

Teßmann, 20. Juli. Feuer in Obermeckenbeuren. — 10 Stück Vieh verbrannt! In der Nacht zum Dienstag gegen 1 Uhr brannten in Obermeckenbeuren Stall und Stadel mit Wagenschopf des Landwirts Rudolf Bachhofer vollständig nieder. Die Bewohner des etwa 20 Meter abseits stehenden Wohnhauses wurden im Schlaf von dem Feuer überrascht. Auch der gesamte Viehbestand ist dem Feuer zum Opfer gefallen: 9 Stück Fleckvieh, darunter 1 Färren und 1 schwerer Ochse sowie das Pferd. Verbrannt sind auch etwa 500 Str. Heu sowie das gesamte Inventar. Wie das Feuer entstanden ist, steht noch nicht fest.

Teßmann, 20. Juli. Die Räder über den Kopf. Das 1½jährige Kind, ein Mädchen, des Werkstättenarbeiters Ludwig Wiberger von Oberdorf geriet unter einen Wagen. Die Räder gingen dem Kind über den Kopf, so daß der Tod alsbald eintrat.

Friedrichshafen, 20. Juli. Selbstmord. In der Nacht auf Samstag hat sich in Immenstaad a. B. ein im Alter von 55 Jahren stehender Mann aus unbekanntem Gründen erschossen. Er trug sich als Ingenieur Haug aus Stuttgart in das Fremdenbuch eines Gasthofes ein. Er war mittellos, gab einen falschen Namen und auch einen falschen Wohnort an.

Von der bairischen Grenze, 20. Juli. Tote kommen ans Tageslicht. Bei dem verheerenden Unwetter, das dieser Tage über Nord- und Mittelschwaben hereinbrach, staute sich in Holzheim das Wasser am Kirchhof, durchbrach die Kirchhofmauer und unterpflügte die Gräber, so daß die Särge mit den Toten bloßlagen.

Vom bairischen Allgäu, 20. Juli. Rom Bild ge-

löst. Bei Rempten wurde der Hilfsarbeiter Johann Anstiel vom Blitz erschlagen.

Dietershofen in Koblenz, 20. Juli. Gasthaus abgebrannt. In der Nacht auf Montag brach im Gasthaus zur „Sonne“, Besitzer Hermann Göbel, Feuer aus. Das Gasthaus ist bis auf den Grund niedergebrannt. Von den in der Wirtschaft noch anwesenden Gästen konnte ein Teil des Mobiliars gerettet werden. Ueber die Entstehungsursache ist nichts bekannt. Der jetzige Besitzer ist erst vor zwei Jahren hier aufgezoogen. Göbel ist in seiner Heimat Mingsheim bei Bruchsal vor einigen Jahren schon einmal von einem Brandunglück heimgeführt worden.

Lokales.

Wildbad, den 21. Juli 1932.

Einbruch. Vergangene Woche wurde in der dem Schi-Club „Schwarzwald“ Pforzheim gehörenden „Hans Fulbar-Gedächtnis-Hütte“ eingebrochen. Der oder die Täter stiegen durch das Abortfenster und zerstörten das Türschloß um ins Innere der Hütte eindringen zu können. Die Landjägermannschaft fahndet nach den Tätern.

Landeslusttheater. Donnerstag Abend das amüsante Lustspiel „Das Konto X“, ein Spiel von Liebe und anderen unmodernen Dingen von den beiden bekannten Autoren R. Bernauer und Oesterreicher, (Verfasser von „Der Garten Eden“). Konto X ist eines der besten Lustspiele der letzten Jahre, es hat Kopf und Fuß, amüsante Situationen und unerwartete Wendungen. In der Hauptrolle des Reichnagls Hans Loose. — Freitag Abend das frisch-fröhliche Stück „Krieg im Frieden“, ein Lustspiel mit Musik aus der Vorkriegszeit von Moser und Schönthan. Hier können Sie wirklich einmal vergnügt sein und 2 Stunden nach Herzenslust lachen. — Samstag Abend zum 4. Male die entzückende Wiener Operette „Das Dreimäderlhaus“, Singspiel in 3 Akten von Heinrich Berté. Musik nach Franz Schubert. Die Partie des Hannele singt Hertha Witt. Franz Schubert Karl Kappel. — Voranzeige: Sonntag Abend 7½ Uhr zum 4. Male unser großer Erfolg „Im weißen Rößl“, Revue-Operette in 12 Bildern von Ralph Benatzky. Kartenvorbestellungen werden schon heute entgegengenommen.

Aldeutscher Verband. Heute Abend 8.30 Uhr wird Pfarrer Klett-Stuttgart in der „Alten Linde“ in öffentlicher Versammlung sprechen. Der Vortrag war schon vor einigen Wochen in Stuttgart gehalten worden und mußte am 15. Juli im dicht gefüllten großen Saal des Gustav Sigle-Hauses wiederholt werden, weil das erste Mal mehr Menschen wegen Ueberfüllung umkehren mußten, als hineinkamen! Pfarrer Klett ist in der Lage, genaue Aufklärung über das Zentrum zu geben. Es ist für Jedermann eine zwingende Notwendigkeit, über die politischen Vorgänge, die nur zu oft hinter den Kulissen sich abspielen, auf dem Laufenden zu sein. Darum ergeht noch einmal die dringende Bitte, den Vortrag von Pfarrer Klett recht zahlreich zu besuchen. (Siehe heutigen Anzeigenteil).

Rotkreuztag in Württemberg.

Im Jahre 1931 wurde in rund 150 000 Fällen die Hilfe des Roten Kreuzes in Anspruch genommen.

An dieser Hilfe waren beteiligt:
Das Mutterhaus der Charlotenschwestern mit 139 aktiven Schwestern, 30 Hilfschwestern, 7 Reserveschwestern und mit 19 Vernschwwestern, die an 30 Arbeitsstätten tätig waren.

Die Krankenpflegerinnenschule in Tübingen die die Ausbildung von Krankenpflegerinnen und Haushaltungsschullehrerinnen ermöglicht.

Die Helferinnenabteilungen im Lande, die in den letzten Jahren 1300 junge Mädchen und Frauen in der Krankenpflege theoretisch und praktisch ausgebildet haben.

Die freiw. Sanitätskolonne vom Roten Kreuz, die in ihren 110 Kolonnen und Abteilungen 4047 in der Ersten Hilfeleistung ausgebildete Männer und 200 gleichfalls in der Ersten Hilfeleistung erprobte Frauen und Mädchen umfassen, denen 51 Kraftwagen modernster Einrichtung zur Verfügung stehen, die im letzten Jahre zum Transport von 12 000 Kranken und Verunglückten nach den Krankenhäusern verwendet wurden, die trotz der bedauerlichen Stilllegung so vieler Fabriksbetriebe in 79 450 Fällen zur Ersten Hilfeleistung herangezogen wurden, deren Dienst in unzähligen Fällen bei Eisenbahnunfällen, bei Wasser- und Luftkatastrophen, bei Brandfällen usw. Verwendung fanden, die in 4 863 Fällen Sanitätswagen stellen mußten und 1103 Desinfektionen vorzunehmen hatten. Daneben war die Mithilfe der Kolonnen notwendig in rund 3000 Fällen bei sportlichen Veranstaltungen und Massenansammlungen verschiedenster Art.

Die gewaltige Zunahme des Kraftwagenverkehrs auf den Landstraßen und die mit diesem verbundenen Gefahren hat zu der Einrichtung von 168 über das ganze Land verbreitete Unfallhilfsstellen des Roten Kreuzes mit einer Besetzung von 579 Sanitätsleuten geführt, die, wie in ihrer ganzen übrigen Tätigkeit, auch hier uneigennützig und ohne Entgelt im Falle der Not ihren Nebenmenschen zur Verfügung stehen.

Das sind die Zahlen, die mit eindringlicher Sprache reden, die uns zeigen, wie notwendig das Rote Kreuz in seinen Friedensaufgaben geworden ist. Und diese Aufgaben wachsen von Tag zu Tag immer mehr.

Dazu bedarf das Rote Kreuz aber der Unterstützung aller, ganz besonders jetzt in einer Zeit wirtschaftlicher Not, wie keine Einrichtungen auch für Alle ohne Unterschied der parteipolitischen oder religiösen Anschauung des einzelnen vorhanden sind.

Zur Mithilfe gibt der Rotkreuztag am 24. Juli Gelegenheit. Mögen die Sammler und Sammlerinnen überall offene Herzen und offene Hände finden!

Die Hundstage kommen. Am 23. Juli ist nach dem alten Bauernkalender Hundstag-Anfang. Hundstagende ist am 23. August. Die Hundstage sind die heißesten Tage im Jahr; sie dauern geräum einen Monat und sollen recht schwül und hitzig sein. Ihren Namen haben die Hundstage von dem Hundstern oder Sirius. Alte Regeln sagen: „Hundstag hell und klar, zeigen an ein gutes Jahr; wenn sie viel Regen bereiten, bringen sie teure Zeiten“. — „Hundstag hell und heiß, bangt im Winter jede Geiß“. Auf heiße Hundstage soll also ein strenger, kalter Winter folgen. — Nach altem Volksglauben soll man in den Hundstagen nicht haben, sonst bekommt man die „Hundsblattern“. Auch soll man aus keinem offenen Wasser trinken, weil darin der

Hundstopp, das ist die Kaulquappe, schwimmt. Die Kaulquappe ist eine Vorstufe des Frosches.

Nehmt Kleingeld mit auf die Reise. In den Städten fließt das Silbergeld zur Zeit reichlich. Zehn- und Zwanzigmarkstücke sind selten, und das „dicke Portemonnaie“ mit den schweren Fünfmarkstücken wird hart zur Plage. Wer aber in den ersten Julitagen in die Ferien fuhr, konnte — besonders in den kleinen Sommerfrischen — die Erfahrung machen, daß die Reisefassen der Gäste im allgemeinen mit Fünfzig- und Zwanzigmarkstücken gefüllt waren. Denn Reisegeld — meist eine größere Summe — erhielt man daheim vom Arbeitgeber oder von der Sparkasse in großen Scheinen. Sogar Fünfzigmarkstücke aber, wie die neuangekommenen Reisenden in den ersten Tagen in ihrer Sommerfrische gewechselt haben wollen, können die Geschäfte, die Postagenturen oder auch die Bahnhofschafter gar nicht einlösen. — Darum: nehmt Kleingeld mit auf die Reise!

Vom Holzmarkt. Die Forst- und Holzwirtschaft ist zurzeit etwas in den Vordergrund handelspolitischer Erörterungen gerückt. Für die gesamte Holzwirtschaft und Sägeindustrie bedeutet die Holzollerhöhung vom 1. Juni durch Beschränkung der Einfuhr an Schnittholz und Fertigwaren eine bedeutende Erleichterung. Die Nachfrage auf dem deutschen Markt war in letzter Zeit weiter gleichmäßig gering. Namentlich in Bauholz sind die Umsätze bescheiden. Deshalb ist gerade hier die Konkurrenz recht hart, so daß die Preise immer noch unter starkem Druck stehen. Die Stiehlungsbeuge hat hier und da ein leichtes Anziehen der Nachfrage zur Folge. Die Umsätze in Kiefernholzschnittmaterial wurden größtenteils in frischer Ware getätigt; die Preise waren aber wenig einseitlich. Ebenso wurde in Möbelholz wegen Knappheit in trockener Ware schon mehr in frischem Einschmitt gekauft. In Nischlerbrettern wuchs das Interesse der Händler für inländische Erzeugnisse, da ausländisches Material wegen Schwierigkeiten bei der Devisenbeschaffung nur zu schwer zu bekommen ist. In Grubenholz wurden in den Grubenholzeinzugsgebieten des Ruhrbezirks einige Verkäufe getätigt. In Papierholz sind die Preisangebote höchst unbefriedigend, in ausländischem Material wird meist schweizerisches Holz, aus alten Abfällen stammend, hereingekommen.

Handel und Verkehr

Die kommende Hopfenernte

Leitungsang. 20. Juli. Zur kommenden Hopfenernte nahm der Ausschuss des Hopfenbauvereins in einer Sitzung am Montag Stellung. Vor allem wurde über die von der deutschen Hopfenvertriebsgesellschaft in Nürnberg geplante Hopfenstützungsaktion berichtet. Die Hopfenvertriebsgesellschaft beabsichtigt, heuer auf dem Leitnanger Hopfenmarkt gleich zu Beginn der Ernte selbst als Käufer aufzutreten mit dem alleinigen Ziel, die Hopfenpreisgestaltung insoweit zu beeinflussen, daß der Erzeuger wenigstens auf seine Gesehungskosten kommt; man spricht von 150 M je Zentner. Der Plan wurde vom Ausschuss, als Vertretung der Erzeugerinteressen, ausgehoben. Inwiefern die Aktion von Erfolg begleitet ist, muß die Zukunft lehren, sicher ist, daß der Hopfenbau bei den Preisen der letzten zwei Jahre einen weiteren Niedergang erfahren würde, so daß kein Mittel unverzucht bleiben darf, das eine Besserung bringen kann. Weiter beschäftigte sich der Ausschuss mit der Frage der behördlichen Regulierung der Hopfenanbaufläche. Der Zweck ist, eine Ueberproduktion bei sich beschleunigenden Hopfenpreisen zu unterbinden, um das Angebot nicht über den Bedarf hinauswachsen zu lassen, weil sonst jede Zollmaßnahme nutzlos und unwirksam wird. In wenigen Wochen steht die Tagung des Deutschen Hopfenbauverbands in den Mauerer Leitnanger bevor.

Wie kann dem deutschen Landwirt aus seiner Not geholfen werden?

WP. 12 Millionen Morgen deutsche landwirtschaftliche Nutzfläche sind zu mehr als 100 Prozent des Einheitswerts verschuldet, 4 Millionen zu mehr als 150 Prozent. Nur noch ein Drittel aller landwirtschaftlichen Betriebe ist in der Lage, die Zinsen aus Reinerträgen zu zahlen. Die agrarischen Schutzzölle vermochten keinen genügenden Ausgleich zu schaffen, weil heute die Marktpreise der Landwirtschaft viel zu hoch sind. An sich wäre die Rentabilität der Landwirtschaft bei dem heutigen ungeheuren Vorkriegspreisstand möglich, wenn auch die Löhne des Landwirts erst einmal auf Vorkriegsstand gesunken wären! Die Produktionskosten der Landwirtschaft stehen aber immer noch auf über 123, bei einem Preisindex für Agrarerzeugnisse von 63. Dem Landwirt muß also genau so wie allen anderen Unternehmern in erster Linie von der Selbstkostenseite her geholfen werden.

Viehpreise. Laichingen Oß. Rindungen: Ochsen und Stiere 150 bis 200, Kühe 240—400, Kalben 300—480, Jungvieh 80—210. — Caupheim: Kälber und Böden 75—145, Kühe 180—300 M.

Schweinepreise. Böhlerau: Milchschweine 12—18. — Ehingen a. d. D.: Ferkel 12.50—30, Mutterchweine 70—85. — Laichingen: Milchschweine 12.50—20. — Caupheim: Mutterchweine 30—90, Milchschweine 14—17. — Niederfließen: Milchschweine 13—17. — Waldbee: Milchschweine 15—17.50. — Winterstettensdorf Oß. Waldsee: Ferkel 14—22. — Wehlingen Oß. Spalchingen: Milchschweine 12—18 M.

Caissen a. N., 20. Juli. Beginn der Getreideernte. Die Getreideernte hat hier begonnen. Bereits wurde Roggen eingeführt. Auch Gerste ist nunmehr reif zum Schneiden. Leider liegt so ziemlich alles Getreide wie gewohnt am Boden, wodurch die Arbeiten des Schneidens außerordentlich erschwert werden. — Die Erzeugerpreise für unsere Frühfrüchte sind weiterhin gesunken und haben einen Tiefstand erreicht, wie noch nie zuvor. Bezahlt werden nur noch 2.20 M. per Zentner. Daß es zu diesen Preisen nicht mehr lohnt, Kartoffeln und vor allem Frühfrüchte anzubauen, liegt auf der Hand.

Aufmerksame Ueberwachung der eigenen Warenzeichen. Nach einer Entscheidung des Reichsgerichts vom 10. Mai 1932 ist jedem Geschäftsmann, der mit Warenzeichen zu tun hat, auf diesem Gebiet eine gewisse Aufmerksamkeit zuzumuten; insbesondere muß ein größeres Geschäftsunternehmen sich darum kümmern, welche geschäftlichen Bezeichnungen auf dem gleichen Fachgebiet bestehen. Bei Verletzungen des eigenen Warenzeichens ist allerdings ein sofortiges Einschreiten nicht zu verlangen; vielmehr darf man eine mäßige Zeit warten, um festzustellen, ob das Verhalten des andern Teils die Möglichkeit geschäftlicher Unzuträglichkeiten zur Folge haben kann. Wartet der Verletzte aber zu lange und läßt er einen wertvollen Bestandsstand des andern Teils zur Entstehung kommen, so verliert er gegen Treu und Glauben, wenn er nunmehr Unterlassungsklage erhebt; dieser steht dann die Einrede der Verwirkung entgegen.

Das Wetter

Dem von Westen vorgebrungenen Hochdruck steht im Norden noch eine Depression gegenüber. Für Freitag und Samstag ist mehrfach heiteres, aber nicht ganz beständiges Wetter zu erwarten.

Hebamme.

An Stelle der verstorbenen Frau Gräber soll für Wildbad eine neue Hebamme ausgebildet werden. Die Ausbildungszeit in Stuttgart dauert über 1 Jahr. Die Kosten trägt die Stadtgemeinde vorbehaltlich des Erfolges für den Fall, daß die Hebamme ihren Beruf später hier nicht ausübt.

Bewerberinnen wollen sich binnen 1 Woche hier melden.

Wildbad, den 20. Juli 1932.

Bürgermeisteramt.

Brennholzbeifuhr.

Die Beifuhr von 26 rm Brennholz aus Staatswald Abt. 8 Neubühl und Abt. 13 Jägerhütte zur Volksschule Spollenhau und das Sägen und Spalten desselben wird nochmals am Montag, den 25. Juli 1932, nachmittags 5 1/2 Uhr im Sitzungssaal des Rathauses vergeben.

Wildbad, den 21. Juli 1932.

Stadtspflege.



Turnverein Wildbad

E. B.

Am Samstag, den 23. Juli 1932, abends 8 Uhr, findet zu Ehren unserer auf dem Gauturnfest in Calmbach mit dem Eichenlaubkranz ausgezeichneten Preisturner- und Turnerinnen im Vereinslokal im Saale zur „Alten Linde“ eine

Anßerordentliche Mitglieder-Versammlung

statt. Hierzu werden die Ehren-, aktiven und passiven Mitglieder samt Angehörigen zu recht zahlreicher Beteiligung aufgefordert. Es gilt, unsere wackeren Turner und Turnerinnen gebührend zu ehren. Der Vorstand.

Saison-Schluß-Verkauf

Augen auf!



Noch niemals wurde beste Damen-Konfektion: Mäntel, Kleider, Kostüme, Röcke, Blusen usw., so billig verkauft wie jetzt im Saison-Schluß-Verkauf im großen Spezialhaus für Damen-Konfektion



Ihre Vermählung

geben bekannt
Gotthard Wagner
und
Luise Wagner
geb. Großmann

Deutsch-Eylau (Ostpr.) Wildbad im Schwarzwald

Rotkreuztag!

Im hiesigen Bezirk findet der Rotkreuztag am Sonntag den 24. Juli 1932 statt.

Zur Erfüllung seiner Aufgaben im Dienst der Nächstenliebe und zur Steuerung der großen Not bedarf das Rote Kreuz dringend der Unterstützung aller derer, die noch in der Lage sind, etwas zu opfern.

Ich bitte daher, die Sammler und Sammlerinnen nicht leer ziehen zu lassen. Jede Gabe ist willkommen.

Der Bezirksvertreter vom Roten Kreuz:
Landrat Lempp.

Alldeutscher Verband

Ortsgruppe Oberenzthal.

Am Donnerstag den 21. Juli 1932, abends 8 Uhr 30 spricht im Saale der „Alten Linde“ in Wildbad

Pfarrer i. R. Th. Klett

Öffentlicher Versammlung

Die Verderblichkeit des Zentrums für das deutsche Volk u. Vaterland

Zu diesem Vortrag wird freundlichst eingeladen.
Eintritt frei!

- Für 48 Pfennige erhalten Sie von heute bis Samstag:
- 6 Pfd. neue Zwiebeln oder 2 Tomaten
 - 2,5 Katurreis
 - 2,5 Erbsen
 - 2 best. Weizenmehl
 - 2 Hartweizengrieß
 - 2,5 schöne Eiern
 - 2 Malzstosse
 - 1/2 saftiger Schweizer
- Neue Kartoffeln 6 Pfund nur 28 ¢
Tofelmargarine 2 Pfund nur 55 ¢
Rote Äpfel 1 Hund nur 50 ¢
Pflirsche 1 Pfund nur 50 ¢

Trinkl Thams & Garls-Kaffee!



Selbst der letzte Schluck ist ein Genuß

Zwangsversteigerung.

Es werden öffentlich meistbietend gegen sofortige Barzahlung versteigert, Freitag, 22. Juli 1932, nachm. 3 Uhr:

- 1 Bücherstänchen
- 1 Kasten
- 1 Radioapparat mit Lautsprecher
- 1 Rolladenschrank
- 1 Schreibmaschine UG. und 3 Paar Schuhe.

Zusammenkunft: Pfandlokal. Gerichtsvollzieher Lauber.

Schneiderin

empfiehlt sich im Kleider- und Weißnähen

in und außer dem Hause bei billigster Berechnung
Frida Bodamer, Paulinenstr. 7.

Flugblätter

Handzettel

Plakate

für die kommende Reichstagswahl liefert in jeder Größe und Ausführung, rasch und billig Buchdruckerei Wildbader Tagblatt.

Suche

2 Zimmer

mit 4 bis 5 Betten und Küchenbenützung für Monat August. Angebote mit Preisangabe an 3. Rath, Pforzheim Westliche 44 I.

Landeskurtheater

Direktion: Steng-Krauß
Fernsprecher 535
Anfang jeweils abends 8 Uhr
Donnerstag den 21. Juli
„Das Konto X“
Schwank

Deutschnationale Volkspartei

(Württembergische Bürgerpartei)
Ortsgruppe Wildbad.

Sonntag den 24. Juli 1932, abends 8.15 Uhr, in der Turn- und Festhalle

Öffentliche Wahlversammlung

Redner: Finanzminister Dr. Dehlinger, Stuttgart:
„Unser Schicksalskampf um die deutsche Freiheit“
Rednerin: Frau Klara Kloss, Buch:
„Der Kampf um die deutsche Seele“
Männer und Frauen aller Parteien, auch unsere Kurgäste, sind herzlich eingeladen.
Freie Aussprache. Der Vorstand.

